

Frau Annemarie Huber-Hotz
Bundeskanzlerin
Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

16. März 2007

**Vernehmlassung Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz
(Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommission)**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin

Sie haben uns mit Schreiben vom 29. November 2006 eingeladen, betreffend der Vernehmlassung Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz Stellung zu nehmen.

In Übereinstimmung mit den Äusserungen unserer Mitglieder stimmen wir der Vorlage zu. Wir befürworten die Aufhebung der Kommissionsverordnung und die Neuregelung im Rahmen des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz. Wir sind überzeugt, dass durch diese neuen gesetzlichen Bestimmungen eine Straffung des Kommissionswesens und eine Erhöhung der Transparenz erreicht werden kann. Zudem unterstützen wir insbesondere die rollende Überprüfung der Notwendigkeit, der Aufgaben und der Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommission. In diesem Sinne stimmen wir der vorgesehenen Aufhebung von rund einem Drittel der Kommissionen zu.

Wichtig ist eine flexible und zielorientierte Umsetzung. Die Zusammensetzung muss sich nach fachlichen Kriterien richten, die für die wichtige Arbeit der betreffenden Kommission konkret eine Rolle spielen. Soweit es um die Vertretung bestimmter wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Gruppen geht, ist den entsprechenden Organisationen der nötige Freiraum für die Delegation der geeigneten Personen zu belassen. Quotenvorschriften, die zu Alibivertretungen führen, lehnen wir kategorisch ab.

Wir danken Ihnen herzlich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Dr. Rudolf Ramsauer
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Thomas Pletscher, lic. iur.
Mitglied der Geschäftsleitung